Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Katrin Ebner-Steiner
Abg. Dr. Stefan Ebner
Abg. Stephanie Schuhknecht
Abg. Markus Saller
Abg. Christiane Feichtmeier
Abg. Karl Straub
Abg. Oskar Lipp
Abg. Alexander Hold
Abg. Andreas Kaufmann
Abg. Jörg Baumann
Staatsminister Joachim Herrmann

**Präsidentin Ilse Aigner**: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der AfD-Fraktion**
**"Aufbruch für Bayern - Niedergang beenden:**
**Migrations- und Wirtschaftswende jetzt!"**

Sie kennen das Prozedere. Als erster Rednerin erteile ich der Kollegin Katrin Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Katrin Ebner-Steiner** (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Demokratie in Deutschland ist in großer Gefahr. Während internationale Beobachter den Kampf der Regierungsparteien gegen die größte Oppositionskraft in Deutschland scharf kritisieren, schweigt die CSU, übernimmt indes zahllose AfD-Positionen und duldet, dass ihr roter Koalitionspartner im Bund die umfragenstärkste Partei im Land mit dem Inlandsgeheimdienst bekämpft. NGOs und Antifa werden mit Steuergeldern finanziert, die Meinungsfreiheit wird massiv beschnitten und der Weg für ein Verbotsverfahren gegen uns freigemacht. Das hat mit Rechtsstaat und mit Demokratie rein gar nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der AfD)

Doch sollte die AfD verboten werden, wird auch die Union bedeutungslos; denn dann wird sie nur noch als Abnickverein in linksdominierten Koalitionen benötigt. Ich frage mich wirklich: Ist Ihnen das eigentlich bewusst? Das, was die Menschen in unserem Land mehrheitlich wollen, eine Koalition der rechts-bürgerlichen Vernunft, wird dann für immer unmöglich sein.

(Zuruf von der CSU)

Ein AfD-Verbot bedeutet nichts anderes als den ewigen Linksstaat und damit das Ende der Bundesrepublik und der Demokratie in Deutschland.

(Beifall bei der AfD)

CSU-Bundesinnenminister Dobrindt arbeitet schon heute mit den Linken zusammen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie arbeiten mit Russland zusammen!)

Da hilft es auch kaum noch, dass er die von uns seit Jahren geforderten Grenzkontrollen zaghaft umsetzt.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie arbeiten mit den Feinden der Demokratie zusammen!)

Vergangene Woche registrierte die Bundespolizei an nur zwei Tagen 365 unerlaubte Einreisen; 286 Migranten wurden zurückgewiesen. Einmal mehr beweist sich: AfD wirkt! Wir sind heute das, was die CSU einmal war.

(Beifall bei der AfD – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie wirken für Russland und für China, für sonst niemanden!)

Anstatt aber jetzt die Probleme ganz klar zu benennen und zu lösen, beschwören Sie das Gespenst des Fachkräftemangels. Doch laut einer Studie der Bundesagentur für Arbeit fehlen nur in jedem sechsten Beruf tatsächlich Fachkräfte, weit überwiegend im Handwerk und in der Pflege. Die vielen Millionen Menschen, die Sie seit 2015 ins Land geholt haben, sind aber oft entweder nicht qualifiziert oder nicht arbeitswillig.

Anders ist doch nicht zu erklären, dass laut Bundesagentur für Arbeit zuletzt 55 % der Geflüchteten aus den Top-Asylherkunftsländern in Bayern auf Sozial- und Transferleistungen angewiesen waren. Nur 14 % der syrischen und 12 % der irakischen Flüchtlinge bringen ein Hochschulstudium aus ihrem Land mit; rund ein Fünftel der afghanischen Staatsbürger hat nie eine Schule besucht. Unter den 419.000 Afghanen, die sich heute in Deutschland aufhalten, befinden sich also über 83.000 Personen, die nie eine Schule von innen gesehen haben. Das ist, als wären Bayreuth und Donauwörth nur von Analphabeten bewohnt.

Werden diese Menschen irgendwann im Arbeitsmarkt ankommen? – Nein. Laut einer Studie des Beratungsunternehmens McKinsey werden in den Industriestaaten in den kommenden 20 Jahren rund 48 % aller Arbeitsplätze durch KI und Automatisierung verschwinden.

Dieses Land braucht also nicht mehr unqualifizierte Zuwanderung; es braucht mehr top ausgebildete Leistungsträger, und zwar aus unserem Land, doch diese wandern zehntausendfach aus. Im Jahr 2021 verließen über 37.000 Bayern ihre Heimat in Richtung Ausland; 2023 waren es bereits mehr als 242.000, mehrheitlich Akademiker.

Durch Ihre millionenfache falsche Massenmigration haben Sie das Land der Deutschen zum Sozialfall gemacht. Deindustrialisierung, grüner Ökowahn, technische Rückständigkeit und Migrantengewalt prägen das Bild unserer Heimat im Ausland, und dafür tragen Sie alle Verantwortung.

(Beifall bei der AfD)

Sie als Regierung sind jetzt ratlos und müssen nun einen immer restriktiveren Überwachungsstaat errichten, um die Folgen Ihrer eigenen katastrophalen Politik einzudämmen. Was wir jetzt brauchen, ist Remigration derer, die nicht hier sein dürften

(Toni Schuberl (GRÜNE): Ein Verbot von Faschisten brauchen wir!)

und keine Bleibe- und – ganz wichtig – keine Ertragsperspektive haben. Das Sozialamt Deutschland muss endlich schließen.

(Beifall bei der AfD)

Was wir hier brauchen, ist eine sinnvolle Bildungs- und Migrationspolitik für unsere bayerische Industrie und das, was eine Demokratie mehr braucht als alles andere: Freiheit, Vernunft und Gottvertrauen und die Kraft, auch einmal eine andere Meinung auszuhalten und damit eine lebendige und starke Opposition wie unsere AfD.

(Beifall bei der AfD – Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Wie ist denn Ihr Konzept bei der AfD?)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Als Nächster spricht für die CSU-Fraktion der Kollege Dr. Stefan Ebner. Er spricht zehn Minuten.

**Dr. Stefan Ebner** (CSU): Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus, verehrte Damen und Herren auf der Besuchertribüne! Es überrascht hier niemanden, dass Sie von der AfD-Fraktion, wie Sie das so oft tun, lautstark von der Seite in die Mitte des Parlamentes rufen. Auch heute wieder: Niedergang! Migrationswende! Wirtschaftswende jetzt! Alles ganz schlimm! Wir kennen ja die Fußballfans, die immer an der Seite stehen und vermeintlich alles besser wissen als der Trainer, aber versagen würden, wenn sie einmal die Verantwortung übernehmen würden.

(Beifall bei der CSU)

Der wichtige Unterschied dabei ist: Fußball ist am Ende nur ein Spiel, aber hier geht es um das Land; hier geht es um unser Wohl.

(Zurufe von der AfD)

Ja, schlechte Stimmung verbreiten, das können Sie, wenn Sie auch sonst nichts können. Das ist das Einzige.

(Beifall bei der CSU sowie des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Im Übrigen überrascht es auch nicht, dass Sie dieses Thema wählen. Man kennt ja Ihre Strategie; sie ist ja klar: Sie gedeihen am besten, wenn es dem Land schlecht geht oder wenn es zumindest so aussieht.

(Beifall bei der CSU)

Wäre Deutschland ein – –

(Zurufe von der AfD)

– Ich bin noch nicht am Ende. Heben Sie sich Ihre Energie für den Schluss auf.

Wäre Deutschland ein Wald, würden Sie sich wünschen, dass es nie regnet; denn je trockener es ist, umso mehr können Sie zündeln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber trotzdem: Ich will mich ausdrücklich bei Ihnen dafür bedanken, dass Sie dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben; denn das gibt uns die Gelegenheit, zu diesem Thema einmal zu erklären, welche Inhalte die politische Wende in Deutschland konkret ausmachen

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Dass Sie versagen!)

und dass diese bereits seit einer Woche begonnen wird.Die Aktuelle Stunde bietet Gelegenheit zu zeigen, was längst passiert. Migrationswende und wirtschaftspolitische Neuausrichtung sind in vollem Gange.

(Zuruf)

Deshalb sollten Sie sich fragen, ob diese Aktuelle Stunde wirklich Ihrer Sache dient. Es besteht durchaus Grund zur Annahme, dass Sie sich bei dieser Themenwahl selbst schwächen und dass Ihnen diese Debatte insgesamt nicht nutzen wird.

(Zuruf)

Die Wende kommt, sie ist dringend notwendig. Was ist geplant? Sie sprechen über die Migrationswende. Lassen Sie mich kurz darüber reden; mein Kollege Straub wird nachher sicherlich noch intensiver darauf eingehen. In den ersten 24 Stunden der neuen Regierung ist sie eingeleitet worden, und es werden weitere Schritte kommen. An den Grenzen wird verstärkt kontrolliert, an den Grenzen wird zurückgewiesen, an den Grenzen werden viele neue Bundespolizisten stationiert.

(Zuruf)

Das ist erst der Anfang; denn das Maß des Zumutbaren ist weit überschritten. Die Flieger werden zukünftig in die richtige Richtung fliegen, nämlich nicht von Afghanistan nach Deutschland, sondern in die andere Richtung.

(Zuruf)

Der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte wird ausgesetzt. Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten wird ausgeweitet. Die Liste könnte man noch sehr lang fortsetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ja, die Migrationswende hat begonnen, auch wenn Sie das nicht wahrhaben wollen. "Wir schaffen das" ist abgeschafft. Ab jetzt heißt es: Wir machen das, und zwar anders als die letzten zehn Jahre.

(Beifall bei der CSU)

Aber lassen Sie uns – das kam bisher noch nicht zur Sprache – über die Wirtschaftswende sprechen. Wo steht denn Deutschland nach dem Ampel-Chaos? Zum ersten Mal seit 20 Jahren hatten wir zwei Jahre hintereinander negatives Wachstum: einmal 0,3, einmal 0,4 % minus. Deswegen ist die Wirtschaftswende das Ziel der neuen Regierung unter der Führung der CDU. Was heißt das konkret? Wir senken die Unternehmensteuern durch degressive Abschreibung, durch Senkung der Körperschaftsteuer im Anschluss, Senkung der Einkommensteuer für kleinere und mittlere Einkommen, wir führen die 7 % für die Gastro ein, wir senken die Stromsteuer usw. usf. Außerdem erfolgt der Abbau der Bürokratie: 25 % weniger Bürokratiekosten für Unternehmen sind das Ziel. Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz wird abgeschafft. Wir entlasten die Landwirtschaft mit Agrardieselrückvergütung. Wir schaffen Planungssicherheit beim Bauen und Sanieren. Das Heizgesetz kommt weg. Wir schaffen das leistungsfeindliche Bürgergeld ab.

(Zuruf)

Wir schaffen mit den steuerfreien 2.000 Euro für Rentner Anreize, damit sich freiwilliges Weiterarbeiten im Alter lohnt. Wir ersetzen die tägliche durch die wöchentliche Höchstarbeitszeit. Also, meine Damen und Herren, insbesondere von der AfD: Die Wirtschaftswende wurde von der Union vor der Wahl angekündigt. Die Wirtschaftswende wird durch die neue Bundesregierung umgesetzt. Die Wirtschaftswende wird Deutschland endlich wieder dahin bringen, wo Deutschland hingehört: an die Spitze Europas.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unser Anspruch muss sein: Bayern immer Nummer eins in Deutschland und zukünftig auch wieder Deutschland Nummer eins in Europa.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Toni Schuberl (GRÜNE): Deutschland ist bereits Nummer eins in Europa!)

Wenn Sie schon in Ihrem Antrag Bayern erwähnen, schauen wir auch einmal kurz auf Bayern. Vieles von dem, was der Bund jetzt macht, ist "Copy und Paste" aus Bayern – Beispiel Bürokratieabbau. Ich brauche Ihnen das nicht zu erklären; das war die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten aus dem letzten Juni. Wir haben in Bayern ein Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm. Die ersten Gesetzespakete zur Entbürokratisierung sind verabschiedet, weitere kommen. Wir haben eine Enquete-Kommission zum Bürokratieabbau. Wir haben einen Fitnesscheck für Bayerns Behörden.

Nächstes Beispiel: Standortpolitik. Bayern hat früh klug in Hochschulen, in Forschung, in Innovation und in Gründerzentren investiert. Wir haben in Bayern 60 Gründerzentren, 40 davon digital. Über die Hightech-Gründer-Agenda investieren wir 5,5 Milliarden Euro in Zukunftstechnologien, flächendeckend im ganzen Land. Ganz aktuell richten wir einen Transformationsfonds mit 350 Millionen Euro ein, um Unternehmen bei der

Transformation hin in die neue Zeit zu unterstützen. Was macht Bayern noch? Um nur ein Beispiel zu nennen: Kein anderes Bundesland, nicht einmal der Bund, unterstützt die Start-ups so intensiv, so breit, so vielseitig wie Bayern. Bayern Kapital wird ab Mitte des Jahres die Möglichkeit haben, 50 Millionen Euro in ein Unternehmen zu investieren. Das gibt es nirgendwo sonst, nicht einmal auf Bundesebene.

Schauen wir uns aber doch einmal an, was denn die AfD vorhätte, wenn die AfD die Wirtschaftswende betreiben würde; da kann es einem ja nur gruseln. Die AfD stellt die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU und in der Eurozone offen infrage. Das hätte hohe Kosten zur Folge: Das würde 2,5 Millionen Arbeitsplätze und knapp 700 Milliarden Euro Wirtschaftsleistung in den ersten fünf Jahren kosten.

(Widerspruch bei der AfD)

77 % der Unternehmer sehen in einer starken AfD ein Risiko für den Bestand von EU und Euro, nur 3 % sehen darin eine Chance. Sie sind nicht die Hoffnung für die Wirtschaft, Sie sind ihr Totengräber.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sprechen wir weiter über die Wirtschaftspolitik der AfD, die sie vorhätte. Was sagt die AfD zur Steuerpolitik? Ihre steuerpolitischen Vorschläge bevorzugen hauptsächlich höhere Einkommen.

(Widerspruch bei der AfD)

Eine Doppelverdienerfamilie mit gutem Einkommen würde deutlich profitieren, während Geringverdiener nach Ihren Modellen kaum entlastet würden. Das sind nicht meine Zahlen, das sind die Zahlen verschiedenster Forschungsinstitute.

(Widerspruch bei der AfD)

Zur Zuwanderung von Qualifizierten: Vielfach üben Zugewanderte bestimmte Berufe aus. Es stimmt nicht, dass man den Fachkräftemangel herbeiredet.

(Widerspruch bei der AfD)

Ich stehe bei Gastwirtschaften sehr oft vor verschlossenen Türen, wo dann gesagt wird, dass zu wenige Mitarbeiter da sind. Wir können es in vielen anderen Bereichen fortführen. Wo sind denn die Krankenschwestern, die irgendwann einmal alle pflegen sollen, die Ärzte, die operieren,

(Widerspruch bei der AfD)

die Kindergärtner, die Kellner, die das Bier bringen? In Regionen, in denen die AfD stark ist, fällt es Unternehmen zunehmend schwer, internationale Fachkräfte zu gewinnen. Das ist nicht meine Erhebung, das sind seriöse Daten. Das müssen Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Widerspruch bei der AfD)

Eine der wichtigsten Grundlagen unseres wirtschaftlichen Erfolgs ist die Offenheit für Handel, für Dienstleistungen, für Kapital und für Fachkräfte. 40 % unserer Wirtschaftsleistung kommen direkt oder indirekt über den Export. Die Hälfte der Menschen, die in Deutschland arbeiten, haben direkt oder indirekt etwas mit dem Export zu tun. Die AfD will diese Freizügigkeiten einschränken. Sie will raus aus der EU, und sie will raus aus dem Euro.

(Zuruf von der AfD)

Sie wollen eine nationale und keine europäische Wirtschaftspolitik. Sie wollen dadurch Lieferketten zerstören, sodass die Exporte stark einbrechen. Das würde Millionen Euro an Wirtschaftsleistung und Arbeitsplätze kosten. Abschottung ist nicht das, was wir aktuell brauchen. Seien Sie vernünftig: Den Zollorgien, die wir gerade aus den USA und aus China erfahren, können wir nur mit einem starken Zusammenhalt in Europa begegnen. Das ist der Weg, nicht die Abschottung.

(Beifall bei der CSU)

Die Migrationswende wird kommen, die Wirtschaftswende kommt. Reden Sie nicht den Niedergang herbei. Beteiligen Sie sich an dem Bemühen, dass die Stimmung in diesem Land besser wird. Nach Ludwig Erhard sind 50 % der Wirtschaft Psychologie. Das ist gut. Gestern veröffentlichte die IHK Niederbayern, in der niederbayerischen Wirtschaft werde eine erste vorsichtige Stimmungswende erkennbar. – Lassen Sie uns daran arbeiten, dass der vorsichtige niederbayerische Optimismus das ganze Land ergreift.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Johannes Becher (GRÜNE): Die letzten drei Jahre alles niedergeredet, und jetzt sagt man "Optimismus"! – Michael Hofmann (CSU): Wir können nichts dafür, dass die Daten so sind, wie sie sind!)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Als Nächste spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kollegin Stephanie Schuhknecht, auch zehn Minuten, bitte.

**Stephanie Schuhknecht** (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal betreibt die AfD mit dieser Aktuellen Stunde ihr Kerngeschäft. Wir haben dumpfe Parolen aus der Mottenkiste gehört. Zündeln, Ängste schüren und hoffen, dass Leute darauf reinfallen; denn etwas anderes, als Hass zu verbreiten, kann diese Partei einfach nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei ist es ganz klar und bei renommierten Expertinnen und Experten unumstritten: Was die AfD fordert, wäre ein reines Desaster für Deutschland. Unser aller Leben würde sich erheblich verschlechtern. Die Politik der AfD wäre der Niedergang unserer Wirtschaft. Der Handel käme zum Erliegen. Mit ihrer Energiepolitik würde es düster im Land. Unsere Natur würde massiv leiden. Der Arbeitsmarkt für Fachkräfte von der Fertigung bis hin zur Pflege wäre komplett leergefegt. Nicht zuletzt stellt sich die Frage: Wer will denn in einem Land leben, in dem Rassismus, Hass und Unmenschlichkeit

zum Normalfall erhoben werden, in dem man nur die falsche Herkunft oder die falsche Hautfarbe haben muss, um nicht mehr sicher zu sein?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen wir uns die Bereiche doch einmal genauer an. "Die Wirtschaftspolitik der AfD führt in die Katastrophe." Das Zitat stammt nicht von mir, sondern von Marcel Fratzscher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Er warnt ganz deutlich, die AfD-Wirtschaftspolitik würde das deutsche Wirtschaftsmodell zerstören und unseren Wohlstand sowie Millionen Arbeitsplätze gefährden. In einer globalisierten Welt will die AfD Abschottung – und das für ein Land, bei dem mehr als 40 % der Wirtschaftsleistung auf Exporten beruhen. So propagieren Sie den Brexit als Modell für Deutschland, obwohl der Austritt aus der EU fatale Folgen für unsere heimische Wirtschaft hätte. Das sage nicht nur ich, denn einer GRÜNEN glauben Sie im Zweifel eh nichts. Kollege Ebner hat dieselben Studien gelesen wie ich; deswegen kommen die Zahlen jetzt noch einmal. Der sogenannte Dexit würde einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft zufolge 690 Milliarden Euro Wertschöpfung kosten

(Widerspruch der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

und zudem Millionen Arbeitsplätze in der Bundesrepublik vernichten. Das ist dann wohl das, was die AfD wirklich unter Wirtschaftswende versteht, und ich glaube, das muss man hier auch einmal so deutlich sagen. In den USA sehen wir gerade, wohin der Wahnsinn führt, in einer globalisierten Welt alle Bande mit den Partnern zu zerschneiden. Ich glaube, man braucht keine Kristallkugel, um bereits nach kurzer Zeit zu sagen: Diese Art der Politik kennt nur Verlierer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zeigt sich auch bei der Steuerpolitik der AfD. Das Wahlprogramm zur vergangenen Bundestagswahl zeigt vor allem Ihre Inkompetenz. So resümierte Prof. Dr. Südekum im Wirtschaftspodcast der "Zeit": "Das AfD-Wahlprogramm ist von allen das unse-

riöseste."Achim Truger, Mitglied im Sachverständigenrat Wirtschaft, betont, vor allem Reiche würden von den AfD-Vorschlägen profitieren. Mittlere und untere Einkommen würden erheblich stärker als bislang belastet. Die AfD gibt sich gerne als Partei der kleinen Leute und mittelständischen Sparer aus. In Wahrheit verrät sie

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

genau diese Gruppe und lässt sie im Regen stehen.

Die Vorschläge der AfD wären also das Ende unserer sozialen Marktwirtschaft, eines Systems, das, wenn es auch nicht perfekt ist, seit Jahren weitestgehend Stabilität, Wohlstand und sozialen Frieden gesichert hat. Ihre Pläne wären auch der Sargnagel aller Zukunftstechnologien in diesem Land. Nach all den Dürren und Fluten leugnen Sie weiter fröhlich den Klimawandel. Damit verspielen Sie unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder. Wirtschaftlich ist es ein völliger Irrweg, immer weiter und weiter auf fossile Energien zu setzen, zum Beispiel auf Nord-Stream-Gas von Putin, Ihrem besten Freund, teure Atomkraft weiter zu subventionieren, ohne eine Lösung für den Müll, und sogar bereits gebaute Windräder wieder abreißen zu lassen. Bayern hat nur eine Zukunft als internationaler Player, wenn wir jetzt massiv auf verlässliche, günstige Energie setzen, ohne in weitere Abhängigkeiten zu geraten.

(Zuruf von der AfD)

Kommen wir mal zu dem, was die Menschenfeinde der AfD zynisch als Migrationswende bezeichnen.

(Zuruf von der AfD: Meine Güte!)

Unsere Gesellschaft ist bunt, wir sind vielfältig, und unser Erfolg basiert auf Innovationen. Dafür braucht es eben Kreativität, Vielfalt und Weltoffenheit. Das sage auch wieder nicht ich, sondern das sagt der Jenoptik-Chef Stefan Traeger. Das Gift der AfD schadet uns dabei ganz konkret jetzt schon. Eine deutschlandweite Befragung des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung aus dem März 2024

zeigt, dass fast jede zehnte Person mit Migrationshintergrund ernsthaft überlegt, Deutschland wegen der Wahlergebnisse der AfD zu verlassen.

(Lachen bei der AfD)

– Es war mir klar, dass Sie da lachen werden, aber das ist menschlich wirklich eine Katastrophe,

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Vogler (AfD))

auch für unsere Unternehmen, die dringend Arbeitskräfte benötigen. Dass Sie da lachen, ist sehr bezeichnend; denn daran sieht man wieder, wie wenig ernst Sie das Thema nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch des Abgeordneten Matthias Vogler (AfD))

Mehr als 80 Familienunternehmen engagierten sich zum Beispiel für die Kampagne "Made in Germany – Made by Vielfalt". Ganz besonders einfältig war Ihre Reaktion aus den rechten Reihen bei dem Begriff Vielfalt, der Sie scheinbar völlig aus der Fassung bringt, jedes Mal, wenn er nur genannt wird. Denn Sie wünschten den Unternehmen schwere wirtschaftliche Turbulenzen. Das belegt einmal mehr, dass Sie mitnichten das Wohl unserer Unternehmen und der Menschen in diesem Land im Blick haben.

(Zuruf von der AfD: Das habt ihr gesagt, nicht wir!)

– Ihr müsst mal schauen, was eure Leute so sagen.

Dies alles zeigt: Alles, was die AfD will, ist Zerstörung. Ihr gedankliches Gift bedroht schon heute Menschen in Bayern, und deswegen sage ich in aller Klarheit an dieser Stelle: Wir müssen die Möglichkeiten, die uns unser Grundgesetz gibt, in vollem Umfang nutzen. Wir müssen das AfD-Verbotsverfahren jetzt einleiten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen und Widerspruch bei der AfD)

Die AfD schadet mit ihren Ideen nicht nur unserer Wirtschaft und den Menschen hier im Land. Sie sägt tagtäglich an den Grundfesten unserer Demokratie und arbeitet an der Abschaffung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

(Zuruf von der AfD: Die wählen euch trotzdem nicht!)

Ich möchte mit etwas Positivem enden. Denn anders, als es uns die Menschenfänger vom rechten Rand glauben machen wollen, steht es gar nicht so schlecht um Bayern. Wir müssen nur jetzt dringend handeln, damit das auch so bleibt. Die gute Nachricht ist: Wir wissen, was zu tun ist. Nun, da endlich auch die Union eingesehen hat, dass es Investitionen braucht, um unsere Wirtschaft und unser Land voranzubringen, braucht es diese raschen und sinnvollen Investitionen mit den Geldern, die vom Bund kommen werden. Wir als GRÜNE haben für die jetzt startende Bundesregierung diesen finanziellen Spielraum mit ermöglicht.

Mein Appell an die neuen Koalitionäre: Macht etwas daraus! – Beim Thema Stromsteuer und Netzentgelte habt ihr unsere Ideen ja schon übernommen. Es gibt noch viele andere Themen, die ihr gerne übernehmen könnt. Setzt auf durchdachte Unterstützung von Innovationen. Saniert jetzt gezielt unsere Infrastruktur. Macht Tempo beim Netzausbau und beim Ausbau der Erneuerbaren. Nicht zuletzt – denn sonst bringt das alles nichts –: Lasst uns gemeinsam für unsere Demokratie kämpfen. Wir Demokrat:innen müssen gemeinsam für die besten Lösungen arbeiten, für eine starke Wirtschaft und für ein gutes Leben in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Als Nächster spricht der Kollege Markus Saller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Markus Saller** (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich konzentriere mich hier jetzt auf das Thema Wirtschaftswende. Zum Thema Migration wird dann noch mein Kollege Alexander Hold sprechen.

Meine Damen und Herren, morgen wird der aktuelle Konjunkturbericht des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags veröffentlicht. Man kann vorneweg folgende Punkte sagen:

Vielleicht gibt es ein niederbayerisches Pflänzchen, Herr Dr. Ebner, aber im Moment ist eine Stimmungstrendwende in der bayerischen Wirtschaft nicht erkennbar. Der Konjunkturindex steigt zwar seit Jahresbeginn ganz geringfügig, bleibt aber noch immer hinter dem Vorjahresniveau zurück und liegt weiterhin unter dem langjährigen Durchschnitt.

Was besonders ist, meine Damen und Herren: Es geht nicht um einzelne Branchen, sondern in allen Branchen laufen die Geschäfte schlechter als im Vorjahr. In keiner Branche gibt es durchgreifenden Optimismus. Die Geschäftserwartungen liegen auf dem Vorjahresniveau. Die Unsicherheit nimmt weiter zu. Die Risiken, wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und Arbeitskosten erreichen neue Negativrekorde.

Meine Damen und Herren, diese trüben Aussichten belasten die Investitions- und Beschäftigungspläne der Unternehmen massiv. Geplante Investitionen dienen vorwiegend der Ersatzbeschaffung, und der Arbeitsplatzabbau geht branchenübergreifend weiter.

Das sind die Ergebnisse von drei Jahren Ampel-Politik und einem von den GRÜNEN geführten Wirtschaftsministerium mit einem völlig überforderten Robert Habeck an der Spitze. Es gilt jetzt, mit der neuen Regierung die Chance für ein grundsätzliches Umsteuern in der Bundesrepublik zu nutzen. Die Sicherung der wirtschaftlichen und vor allem der industriellen Basis in Deutschland muss das Ziel sein, sonst ist unser Wohlstand in Gefahr. Der internationale Wettbewerb ist härter denn je. Unsere Unternehmen brauchen jetzt Unterstützung und Planungssicherheit. Die Rahmenbedingun-

gen müssen gründlich verändert werden, nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in Europa.

Wir brauchen in Europa einen planbaren und sicheren Rahmen für Transformationsprozesse mit entsprechend konkreten Zielen. So muss aus unserer Sicht das Verbrenner-Aus zurückgenommen werden. Wir müssen die Zukunft technologieoffen gestalten. Auch der Schlingerkurs in der Taxonomie muss beseitigt werden. Sie wissen ja: Taxonomie ist letztlich ein planwirtschaftlich gesteuertes Instrument der Kreditvergabe. Mal war die Rüstungs- und Verteidigungspolitik draußen, jetzt ist sie wohl wieder drin. – Das ist alles andere als Planungssicherheit. Vor allem die damit verbundenen Berichtspflichten sind abzuschaffen, zumindest jedoch deutlich zu reduzieren, weil sie die Unternehmen massiv belasten.

Die Bürokratie in der EU und in den Mitgliedstaaten gegenüber den Unternehmen sowie den Bürgerinnen und Bürgern muss abgebaut werden. Ich war erst letzte Woche in der Verwaltungsratssitzung meiner heimischen Sparkasse, und dort wurde die Umsetzung von DORA präsentiert. Das steht für Digital Operational Resilience Act, eine EU-Verordnung zur digitalen operationellen Resilienz im Finanzsektor. Das mag alles ein gutes Ziel haben, aber man ist bei der Regulierung wieder völlig über das Ziel hinausgeschossen.

Es ist unglaublich, was da letztlich für Bullshit-Jobs in unseren Instituten geschaffen werden. Meine Damen und Herren, stattdessen sollte die EU viel mehr Energie darauf verwenden, die Voraussetzungen für die Digitalisierung der Verwaltung voranzubringen, und interoperable, standardisierte Systeme schaffen, die in der Lage sind, untereinander einen reibungslosen Austausch von Daten zu gewährleisten und Schnittstellen für Entwickler zur Verfügung zu stellen. Wir müssen die Digitalisierung der Verwaltung nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa vorantreiben.

Aber wir sind alle überzeugte Europäer, und wer jetzt denkt, das geht nicht, dem sage ich: Doch, das geht. Es gibt nämlich auch aus der Vergangenheit Beispiele, wie gut

Europa zusammenarbeiten kann. Erinnern Sie sich an den Aufbau eines Mobilfunknetzes. Da war Europa Weltmarktführer, bei der Schaffung des GSM-Standards. Hier haben unterschiedliche Staaten miteinander gewirkt. Am Ende des Tages waren wir Weltmarktführer im Bereich des Mobilfunks.Hier müssen wir wieder anknüpfen. Dies ist das Europa, mit dem wir zusammenarbeiten wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

In Anbetracht der Kürze der Zeit bleibt ansonsten zu wiederholen: Wir brauchen dringend Reformen auf dem Arbeitsmarkt. Hier ist schon einiges angesprochen worden. Wir brauchen eine Steuerreform, die allen hilft und nicht nur Einzelnen, die aber auch die Entlastung vom Solidaritätszuschlag beinhaltet, und wir brauchen sichere und bezahlbare Energie in Europa und Deutschland. Ich wünsche der neuen Bundesregierung dabei viel Erfolg. Die FREIEN WÄHLER werden sich dem sicherlich nicht entgegenstellen, der Freistaat Bayern ohnehin nicht. Wir sind bereit, jetzt eine Politikwende einzuleiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Christiane Feichtmeier.

**Christiane Feichtmeier** (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD hat heute eine Aktuelle Stunde mit einem Titel beantragt, der nichts anderes als ein Angstnarrativ transportiert: "Aufbruch für Bayern – Niedergang beenden: Migrations- und Wirtschaftswende jetzt!" Was die AfD meint, ist kein Aufbruch, sondern ein Rückschritt in eine geschlossene, misstrauische und kalte Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Forderung nach einer sogenannten Wende ist nichts anderes als ein Frontalangriff auf Humanität, wirtschaftliche Vernunft und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Als

SPD sagen wir klar: Migration ist kein Niedergang, Migration ist Realität, Notwendigkeit und auch eine Chance. 70.000 Menschen pro Jahr – so viele braucht Bayern, damit Wirtschaft, Pflege, Handwerk und unsere Schulen weiter funktionieren können. Ohne Zuwanderung werden unsere Betriebe keine Fachkräfte finden. Ohne Zuwanderung wird Bayern wirtschaftlich zurückfallen. Das ist der eigentliche Niedergang. Was wir brauchen, ist eine Integrationswende, nicht eine Abschottungsfantasie.

Erstens. Wer hier lebt, soll auch arbeiten dürfen; denn Arbeit schafft Selbstständigkeit, Anerkennung und gesellschaftliche Akzeptanz. Wir müssen Arbeitsverbote abbauen, Berufsanerkennung beschleunigen und Spracherwerb unterstützen. Die Realität in Bayern sind aber überforderte Ausländerbehörden und monatelange Wartezeiten. Das ist kein Aufbruch, sondern Blockade.

Zweitens. Teilhabe ist der Schlüssel zur Integration. Begegnung schafft Verständnis, in Sportvereinen, in Helferkreisen durch ehrenamtliches Engagement. Wer hier mit anpackt, verdient Unterstützung statt Misstrauen. Ja, Ehrenamt muss sichtbar sein, anerkannt und besser gefördert werden.

Drittens. Faire Unterbringung ist ein Gebot der Vernunft. Wir brauchen keine Massenunterkünfte am Stadtrand, sondern dezentrale, integrierte Wohnformen; denn Integration gelingt im Alltag, nicht in der Isolation. Jede Kommune muss ihren Anteil leisten; denn gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht vor Ort.

Lassen Sie mich hier noch einen vierten Punkt ergänzen: Die wirtschaftliche Zukunft Bayerns gewinnen wir nicht durch Abschottung, sondern durch eine proaktive, strategische und sozial gerechte Wirtschaftspolitik. Das heißt, wir brauchen massive öffentliche Investitionen in die Infrastruktur und eine Stärkung der Binnennachfrage; denn tarifliche Löhne und eine gerechte Verteilung des Wohlstandes führen zu mehr Konsum, mehr Aufträgen für unsere Betriebe und damit zu mehr Wohlstand für uns alle. Die Kommunen müssen zu jeder Zeit finanziell handlungsfähig sein. Sie sind Träger vieler Investitionen und sozialer Leistungen. In Bildung zu investieren, heißt, in die Zukunft

zu investieren. Gerade im Zuge der Transformation unserer Wirtschaft müssen die Beschäftigten durch entsprechende Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen mitgenommen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die AfD will uns glauben machen, Bayern brauche eine Wende. In Wahrheit will sie aber nur spalten. Sie spricht von Niedergang, meint jedoch Menschen, die Schutz suchen, helfen wollen und Teil dieser Gesellschaft sein wollen. Wir als SPD stehen hingegen für Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Vernunft. Wer Bayern wirklich voranbringen will, braucht Mut zur Gestaltung, nicht Angst vor Vielfalt.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Als Nächster spricht Herr Kollege Karl Straub für die CSU-Fraktion.

**Karl Straub** (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin jedes Mal wieder fassungslos, wenn ich Reden von der AfD höre.

(Christoph Maier (AfD): Das sind Komplimente für uns!)

Wenn ich höre, wie Sie, Frau Ebner-Steiner, über Menschen gesprochen haben, stelle ich fest, das war keine Rede zu einer Integrations- und Wirtschaftswende, sondern eine reine Hassrede. Schämen Sie sich dafür, wie Sie hier im Parlament über Menschen sprechen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unser Kollege Dr. Stefan Ebner hat eine Wirtschaftsrede gehalten. Er hat tatsächlich skizziert, wie Wirtschaft in Zukunft aussehen kann. Er hat auch schon erwähnt, dass der größte negative Faktor für die Wirtschaft in Bayern und Deutschland die AfD ist. Ein Kollege von Ihnen hat bei einem Ihrer Hinterzimmer-Treffen gesagt: Uns geht es nur gut, wenn es Deutschland schlecht geht. – Wenn ich Ihre Rede höre, glaube ich,

es liegt in Ihrem ureigenen Interesse, dass es Deutschland schlecht geht. Ich glaube, wir demokratischen Parteien sollten weiter motiviert sein, gegen Sie anzukämpfen, weil Sie wirtschaftsschädlich für Deutschland sind.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben einige Maßnahmen zur Integrationswende getroffen. Wir verfolgen das Prinzip Humanität. Ich möchte als Erstes die Humanität und die Ordnung nennen. Wir haben wie versprochen am ersten Tag der neuen Regierung Grenzzurückweisungen umgesetzt. Übrigens gehen die Zahlen der Asylbewerber – das negieren Sie komplett – seit Monaten zurück. Es werden immer weniger. Ich möchte in Richtung der GRÜNEN sagen, weil sie so tun, als ob diese Leute in ihre Heimatländer zurückkehren müssten: Diese Menschen befinden sich alle in sicheren europäischen Nachbarländern. Ich glaube, wir sollten diese Verantwortung gleichmäßig auf Europa verteilen. Die absoluten Zahlen gehen zurück. Wir weiten die Zahl der sicheren Herkunftsländer aus. Sehr bemerkenswert ist, weil sie aus Bayern kommt, dass die Bezahlkarte deutschlandweit umgesetzt wird. Lieber Sandro Kirchner – du bist hier –, herzlichen Dank. Das Modell wurde in Deutschland schon einmal als "Kirchner-Modell" tituliert. Es ist ein gutes Modell, das ein Erfolgsmodell für Deutschland werden wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin unserem Integrationsminister Joachim Herrmann sehr, sehr dankbar, dass er auch den zweiten Teil, die Humanität, weit oben anstellt und dass wir weiter in die Integration von Flüchtenden investieren, die hier im Land sind und sich teilweise schon hervorragend eingebracht haben.

Nur einmal eine Zahl in Richtung der AfD: Sie reden immer von der Remigration von Millionen von Menschen. Dazu eine Zahl: In München sind 30 % der Wirtschaftskraft bzw. 30 % der Selbstständigen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Sie haben bis heute nicht beantwortet, wie Sie mit diesen Menschen umgehen wollen. Sie reden von millionenfacher Remigration. Wir haben 250.000 ausreisepflichtige Asylbewerber.

Beantworten Sie endlich einmal die Frage, wer diese Millionen von Menschen sind. Sind es diese 30 %, die die Wertschöpfung in München miterwirtschaften und für unseren Wohlstand sorgen? Hat man in Ihre Gesichter geblickt, als Sie bei den Reden zuvor gelacht haben, hat man gesehen, das ist Fremdenfeindlichkeit pur. Wie gesagt, Sie sind wohlstandsgefährdend, weil viele Leute, die hier in Deutschland Leistung bringen, inzwischen darüber nachdenken, Deutschland wieder zu verlassen. Daran sind allein Sie schuld!

(Lachen bei der AfD – Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Sehen Sie sich einmal bewusst um. Schauen Sie zum Beispiel, wer momentan in München die zweite Stammstrecke baut, wer in den Pflegeheimen arbeitet und wer die Ärzte in den Krankenhäusern sind. Wer soll das in Zukunft übernehmen? Wollen Sie, Frau Ebner-Steiner, in Zukunft im Pflegeheim arbeiten? – Ich glaube, das wäre für unsere Alten keine gute Lösung. Ich glaube, das wäre nicht gut.

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Ich würde Sie einladen, sich einmal folgende Veranstaltung anzusehen: Wir hatten gestern beim Bayerischen Integrationspreis eine tolle Einbürgerungsfeier mit unserem Ministerpräsidenten und unserem Innenminister. Dies würde ich mir an Ihrer Stelle einmal anschauen. Gestern waren 700 Menschen dabei, die sich in Deutschland eingebracht haben und stolz sind, jetzt Bayern zu sein. Ich sage, diese sind wesentlich mehr Bayern, als Sie es jemals sein werden. Diese sind uns herzlich willkommen. Ich bin mir sicher, – – Mir ist übrigens egal, ob Sie vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem oder Sonstiges eingestuft werden. Ich glaube, die neue Bundesregierung und wir hier im Landtag werden dafür sorgen, dass Sie auf jeden Fall wieder verschwinden, egal, wie die Einstufung aussieht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Für die AfD-Fraktion spricht als Nächster Herr Kollege Oskar Lipp.

(Beifall bei der AfD)

**Oskar Lipp** (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich komme nun zum Wirtschaftsteil. Die Bundesbank schlägt Alarm. Zwischen dem Jahr 2021 und dem Jahr 2023 schrumpfte das mittlere Nettovermögen der Deutschen um circa 16 %, nämlich von 90.500 Euro auf circa 76.000 Euro. Die untere Hälfte der Gesellschaft verlor sogar über 20 %. Dies ist kein Zufall, sondern die Folge der grünen Corona-, Klima- und Sanktionspolitik der vorherigen Ampel-Regierung. Die neue Wirtschaftsministerin Reiche von der Union verspricht mit ihrem 4-Punkte-Plan eine Wende. Doch was bietet sie uns an? – Ideologischen Klimazwang, Steuerumverteilung zulasten der Mitte, Trump-Kritik statt pragmatischer Verhandlungen und eine Machtverlagerung nach Brüssel.

(Lachen des Abgeordneten Roland Weigert (FREIE WÄHLER))

Das ist eben keine Wende, sondern ein astreiner Etikettenschwindel.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen endlich eine Politik, die unsere heimische Wirtschaft stärkt, aber nicht ideologische Experimente. Meine Damen und Herren, nur wir als AfD stehen für eine echte Kehrtwende. Wir haben vier AfD-Wendepunkte für die Wirtschaft.

Erstens. Energiepolitik – bezahlbar und souverän. Reiches Energiewende von der Union setzt auf teure Wasserstoffträume und Windkraft, während unsere Industrie unter hohen Kosten leidet. Der Tausch von 40 % günstigem russischen Erdgas gegen 45 % teures US-Fracking-Gas ist wirtschaftlicher Selbstmord. Wir von der AfD fordern eine Rückkehr zur Kernenergie, eine Öffnung für günstiges Erdgas auch aus Russland und eine Abschaffung der $CO_2$-Abgabe, um unsere Industrie zu retten.

(Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Wo bauen wir das Endlager in Bayern hin?)

Zweitens. Steuern – Entlastung für Bürger und Unternehmen. Meine Damen und Herren, Deutschland ist Steuerweltmeister und befindet sich im Hinblick auf die Besteuerung von Löhnen und Unternehmen international auf Platz 2. Sie, die jetzt so laut schreien, hätten es vielleicht einmal in die Bundesregierung geschafft. Leider haben Sie nur 1 % deutschlandweit.

(Beifall bei der AfD)

Reiches vage Ankündigung, die Körperschaftsteuer ab dem Jahr 2028 zu senken – da sind wir bei 1 % – ist blanker Hohn. Wir von der AfD schlagen vor, die Unternehmensteuern auf 25 % zu senken. Der Grundfreibetrag muss auf 15.000 Euro erhöht und ein Familiensplitting endlich eingeführt werden. Auch muss die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel gesenkt werden, damit sich jeder hier noch das Leben leisten kann.

(Beifall bei der AfD)

Drittens. Bürokratie – Kahlschlag statt Versprechen. Die Ampel hat die Gesetzesnormseite um circa 70 % erhöht – ein wahres Bürokratiemonster. Reiches Koalition behält ideologische Gesetze wie das Verbrennerverbot und das Lieferkettengesetz bei. Und genau diese Bürokratie ist es, die unsere Wirtschaft stranguliert. Wir brauchen einfache Regeln, keine EU-Diktate. Wir fordern einen radikalen Abbau von Vorschriften, eine Abschaffung von Klima- und EU-Zwangsgesetzen und eine Rückkehr zu verständlichen Regeln für die Unternehmen.

Viertens. Fachkräfte – Rückholung statt Masseneinwanderung. In Bayern fehlen 150.000 Fachkräfte, in Deutschland 530.000. Reiches Antwort "mehr Einwanderung" führt auch zur Zuwanderung von Geringqualifizierten, die bedauerlicherweise oft ins Sozialsystem fallen. Seit dem Jahr 2014 haben über 140.000 Personen Bayern verlassen, oftmals jung, gebildet und sogar steuerzahlend. Das ist kein Wunder. So vertreiben doch Sie regelrecht unsere Leistungsträger mit den höchsten Steuern und

den höchsten Energiepreisen der Welt. Die Unternehmen belasten Sie auch noch mit Bürokratie. Wir von der AfD fordern – das habe ich bereits gesagt – die Rückholung deutscher Fachkräfte durch niedrigere Steuern und weniger Bürokratie, Leistungsanreize statt Sozialmigration und ein Deutschland, in dem sich Fleiß wieder lohnt. Wir werden sehen, ob Sie das Bürgergeld wirklich abschaffen werden. Wenn Sie wollen, meine lieben Kollegen von der Union, wette ich mit Ihnen um 100 Euro, dass Sie das nicht schaffen; denn vorher platzt die nächste Koalition.

(Beifall bei der AfD)

Zusammenfassend kann man sagen: Reiches Plan ist grüne Politik mit schwarzem Logo. Die AfD steht für eine Wirtschaft, die endlich wieder atmen kann, nämlich günstige Energie, niedrigere Steuern, weniger Bürokratie und die Rückholung unserer echten Fachkräfte. Bayern muss ein internationaler Industriestandort bleiben. Unsere 20 %-Zustimmung in Bayern zeigt doch, dass die Menschen endlich eine Veränderung haben wollen. Ohne die AfD wird es keine Wende geben. Wählen Sie die Alternative.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Für die FREIEN WÄHLER spricht als Nächster der Kollege Alexander Hold.

**Alexander Hold** (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Ewiggestrigen komme ich zur gestrigen Verleihung des Bayerischen Integrationspreises. Dort habe ich niemanden von der AfD gesehen, dafür aber umso mehr leuchtende Beispiele gelungener Integration von Menschen, die sich wirklich in unserem Staat einsetzen und etwas leisten. Deshalb sind sie in unserer Gesellschaft willkommen. Das passt jedoch einfach nicht in Ihr Weltbild, wenn man unter Migrationspolitik in erster Linie Remigration versteht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, richtig ist natürlich: Wirtschafts- und Migrationspolitik sind nicht zu trennen. An dieser Stelle muss sich etwas ändern. Das ist schon richtig. Die Erwartungen an die neue Regierung sind ziemlich groß. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, benötigt die bayerische Wirtschaft eine gezielte und möglichst unbürokratische Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte. Das ist notwendig, um unser Land für ausländische Fachkräfte attraktiv zu machen, die wir dringend brauchen.

Die Babyboomer gehen in Pension und in Rente. Bis zum Jahr 2035 werden wir unter dem Strich ein Minus von 700.000 beim Erwerbspersonenpotenzial haben. Schon jetzt besteht in Deutschland und in Bayern in vielen Berufsfeldern wie in der Altenpflege, in IT-Berufen, aber auch im Handel und im Hotel- und Gaststättengewerbe ein Mangel an Fachkräften. Dieser Fachkräftemangel ist ein zentrales Problem der bayerischen Wirtschaft. Er wird sich in den nächsten Jahren noch verschärfen.

Deshalb brauchen wir zuallererst funktionierende Anwerbeverfahren. Wir brauchen auch schnellere Visumsverfahren. In den Auslandsvertretungen brauchen wir das Bewusstsein, dass ermöglicht werden muss und nicht verhindert werden darf. Wir brauchen digitalere und schlankere Verfahren, weniger bürokratische Verfahren. Wir brauchen eine schnellere Anerkennung von Vorqualifikationen. Letzten Endes haben wir in Bayern vorgelegt. Wir haben für die Pflegeberufe schon einmal mit einer zentralen Anerkennungsstelle die Überholspur geschaffen und sind auch dabei, das auf andere Berufsfelder auszudehnen. Meine Damen und Herren, an dieser Stelle kann der Bund sich von Bayern auch noch etwas abschauen.

Die Bundesregierung will laut Koalitionsvertrag auch mehr in Integration investieren. Da bin ich einmal gespannt. Die Ampel hat das Gegenteil getan. Sie hat die Aufwendungen für Integration letztendlich reduziert. Aber so viel muss auch klar sein: Wenn wir Integration stärken wollen, brauchen die Kommunen dafür die finanzielle Ausstattung, die notwendig ist.

Der Schlüssel für die Integration ist die Sprache. Deswegen ist es richtig, wenn man die Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund früher erreicht, sodass man sie früher fördern kann. Sprachlernangebote sollten ausbaut werde, sodass niemand ewig warten muss. In den letzten Jahren der Ampel hat es bei der Finanzierung der Sprachlernangebote einen Rückschritt gegeben. Die Länder haben sich alleingelassen gefühlt.

Warum ist funktionierende Fachkräfteeinwanderung so wichtig? – Weil sie auch die Verhinderung von illegaler Zuwanderung ist. Die geordnete Möglichkeit verringert den Anreiz, illegal einzureisen. Man weiß, wenn man Arbeit in Deutschland sucht, hat man die Chance, legal kommen zu können. Ich glaube, es ist wichtig, die Anreize, in die Sozialsysteme einzuwandern, zu verringern. Es darf auch keine Zweiklassengesellschaft der Schutzsuchenden geben. Zwar verdienen Menschen aus der Ukraine unseren Schutz und unsere Solidarität, aber es gibt nur böses Blut, wenn mehr finanzielle Unterstützung bei den Ukraine-Flüchtenden als bei anderen Flüchtenden ankommt. Auch das ist im neuen Koalitionsvertrag richtig verankert. Ich bin gespannt, wann und wo das umgesetzt wird.

Andererseits soll derjenige, der bei uns ist, auch wenn er asylsuchend ist, schnellstmöglich in Arbeit. Auch das steht im neuen Koalitionsvertrag. Auch da bin ich gespannt. Das ist genau das, was wir schon lange Zeit gefordert haben und was wir gemeinsam mit der Bundesratsinitiative letztes Jahr noch auf den Weg gebracht haben. Alle Asylbewerber – Ausnahmefälle bestehen bei Missbrauch und Ähnlichem – sollen spätestens nach drei Monaten in Arbeit gebracht werden.Sie sollen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Das fördert auch die gesellschaftliche Akzeptanz. Integration gelingt am besten, wenn Menschen möglichst schnell in Lohn und Brot kommen. Arbeit ist letzten Endes der Sprachbooster, und Sprache ist, wie wir alle wissen, der Integrationsbooster.

Die Migrationspolitik war in den letzten Tagen etwas verwirrend. "Notlage ja und nein" und ähnliche Widersprüche haben wir gehört. Grenzkontrollen sind wichtig. Zurückwei-

sungen an den Grenzen sind sicherlich auch vernünftig. Ich bin gespannt, ob wir es wirklich schaffen, die Dublin-Regeln am Ende durchzusetzen. Ich bin vor allem gespannt, ob uns die GEAS-Regelungen, die in Wahlkampfreden immer wieder genannt wurden, weiterhelfen. Wenn man sie genau liest, stellt man fest: Das Meiste, was wirkungsvoll wäre, soll nicht der Regelfall sein, sondern nur in Ausnahmesituationen zum Tragen kommen. Deswegen ist aus unserer Sicht das Wichtigste, die Asylverfahren zu beschleunigen, und zwar nicht auf drei Monate, die im Koalitionsvertrag vereinbart wurden, sondern innerhalb nur weniger Tage sollen die Menschen Klarheit und Sicherheit darüber haben, ob sie in Deutschland eine Bleibeperspektive haben. Das wird am Ende durch Grenzverfahren erreicht. Auf diese Weise kommen wir schnell weiter.

**Präsidentin Ilse Aigner**: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Alexander Hold** (FREIE WÄHLER): – Sie hätten gerne, dass ich nicht schnell weiterkomme, sondern schnell wegkomme. Das mache ich natürlich. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Als Nächster spricht der Kollege Andreas Kaufmann für die CSU-Fraktion.

**Andreas Kaufmann** (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Heute nach Ende dieser Plenarsitzung wird es schon dunkel sein. Ich muss dann wieder in meinen Stimmkreis zurückfahren; denn ich habe dort morgen einen Termin. Auf der Heimfahrt, wenn man den Mittleren Ring verlässt, sehen alle: Dort wird auf der A96 eine Nachtbaustelle aufgebaut. Auf dieser Nachtbaustelle wird für die Zukunft gebaut. Es wird instand gehalten und erneuert. Wenn dort nur Menschen ohne Migrationshintergrund arbeiten dürften, dann wäre dort kein Licht. Es bliebe dort dunkel.

Morgen früh, wenn ich aufstehe, gehe ich, wie Sie alle hoffentlich auch, zum Handwerksbäcker. Sie wollen frische Brötchen, Ihr tägliches Brot und auch die Breze.

Wenn in den Bäckereien ab 0:30 Uhr nur noch Menschen ohne Migrationshintergrund arbeiten würden, dann bliebe Ihr Teller leer.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Genau! Bravo! – Zuruf von der AfD)

Wenn Sie dann morgen in Ihrem Stimmkreis mit Unternehmern und mit Chefinnen und Chefs, Vorständen oder mit Personalern reden, dann werden Sie, ohne gefragt zu haben, darauf hingewiesen, dass in sämtlichen Betrieben keine Mitarbeiter ohne Migrationshintergrund zu finden sind. Sie werden überall hören: Ohne Menschen mit Migrationshintergrund würde jede Maschine und jedes Band stillstehen. Dabei ist es ganz egal, ob es ein im DAX vertretenes Unternehmen, ob es ein im Dow Jones vertretenes Unternehmen oder ein Zwei- oder Dreimannbetrieb ist. Es würde nichts mehr gehen.

Ohne Menschen mit Migrationshintergrund wäre unsere Gesellschaft im Zusammenleben so viel ärmer.

(Zuruf von der AfD)

Die Zuwanderung in unsere Wirtschaft ist absolut notwendig. Bayern hat schon reagiert. Unsere bayerischen Vertretungen haben Fast Lanes eingerichtet. Unser Fraktionsvorsitzender und damaliger Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat es in der Gesundheitsbranche dazu gebracht, dass schneller Menschen eingestellt werden können, die uns dienen, damit wir schneller Menschen hier haben, die uns helfen und die pflegebedürftige Generation versorgen. Wenn Ihre Antwort darauf "Remigration" und Ihre Lösung dazu "weniger Menschen" lautet, dann muss jeder, der wirtschaftlich einigermaßen geradeaus denken kann, entgegnen: Wir brauchen weniger AfD!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der AfD)

Der Kollege Stefan Ebner hat es gerade schon gesagt: Die Wirtschaftswende kommt. Ich weiß nicht, ob Sie den neuen Koalitionsvertrag gelesen haben oder ob Sie den Inhalt negieren. Es ist aber sicher: Die Wirtschaftswende kommt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

Gerade die degressiven Sonderabschreibungen, die für das Jahr 2025 schon geltend gemacht werden können und für die nächsten beiden Jahre auch noch, werden mit jeweils 30 % funktionieren. Sie haben in der Vergangenheit und auch während der Finanz- und Wirtschaftskrise funktioniert. Sie werden umgehend Investitionen und umgehend Aufträge auslösen. Sie werden dafür sorgen, dass Maschinen ausgetauscht werden und weniger finanzstarke Unternehmen die gebrauchten Maschinen aktivieren können. Wir werden den Fortschritt sehen. Wir werden die Investitionen sehen. Wir werden sehen, dass die Talsohle durchschritten wird und es wieder aufwärts geht. Genau das wird die neue Politik in Berlin auslösen. Davon gehen wir aus. Von Bayern aus werden wir das unterstützen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bayern reagiert. Heute diskutieren wir über das Dritte Modernisierungsgesetz. Lieber Florian Hermann, die Staatsregierung geht voran. Sie geben Gas. Es macht wirklich Spaß, daran zu arbeiten. Heute geht es um weniger Bürokratie bei Kleinförderungen und weniger Bürokratie bei Kommunalförderungen. Das wird funktionieren. Das wird Investitionen generieren. Die heimische Wirtschaft wird angeschoben. Genau das wollen wir. Das ist genau die Bürokratie, die abgebaut werden muss.

Auch die Hightech Agenda wirkt. Die Technologietransferzentren draußen in der Peripherie funktionieren. Es kommen Ideen zusammen. Es entstehen neue Ideen, und sie kommen mit neuen Anschüben zusammen. Diesen Weg wollen wir gehen. Beim Arbeitsrecht, unserer zentralen Forderung aus Bayern, wird auch etwas geschehen. Wir werden flexiblere Arbeitszeiten bekommen, die zu mehr Eigenverantwortung führen, die wir uns eigentlich wünschen.

Liebe Abgeordnete der AfD, einen Tipp habe ich für euch. Falls es tatsächlich Unternehmen gibt, die Sie einladen, nehmen Sie die Einladung an, hören Sie zu und setzen Sie das um, was Ihnen erzählt wird, weil es genau das sein wird, was Sie soeben von mir gehört haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Als Nächster spricht der Kollege Jörg Baumann für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Jörg Baumann** (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Herr Hold, ich habe heute gelesen, dass ein Afrikaner einer Polizistin ein Ohr abgebissen hat. Solche Sachen passen wohl nicht in Ihr Weltbild. Herr Straub, die CSU sollte sich beim Thema Menschenverachtung besser nicht so weit aus dem Fenster lehnen; denn es war nicht unsere Vorsitzende Katrin Ebner-Steiner, sondern jemand von der CSU, der gesagt hat: "Wenn man die Fenster zu weit aufmacht, kommt auch viel Ungeziefer rein."

Zurück zum Thema: Asylnotstand oder kein Asylnotstand? Grenzkontrollen oder keine Grenzkontrollen? Oder nur ein bisschen Grenzkontrollen? Abweisung der illegalen Migranten oder doch nicht? – Keiner weiß es. Merz sagt: "Hü!", Dobrindt sagt: "Hott!", und die SPD sagt zu alledem: "Nee!". Die Bundesregierung taumelt im Chaos, unfähig, eine klare Linie zu finden. Erst wird ein Notstand ausgerufen, dann wird er wieder zurückgenommen. Grenzsicherungen werden angeordnet und widerrufen. Die SPD verkündet: Es gibt keine Zurückweisungen. Berlin versinkt schon jetzt in den Chaoswochen. Der Bürger ist verunsichert. Die Behörden sind am Limit. Das Vertrauen in die Politik ist zerstört. Friedrich Merz ist der beste Kanzler zweiter Wahl – bis jetzt.

(Beifall bei der AfD)

2015 öffneten die CDU und die CSU die Grenzen und brachen das Grundgesetz. Das ist ein historischer Verrat, dessen Wunden bis heute wortwörtlich offen stehen. Jetzt, zehn Jahre später, will ein handlungsschwacher Kanzler den Geist wieder zurück in die Flasche zwingen und scheitert an sich selbst. Doch der Schaden ist enorm: Die Städte und Landkreise sind belastet. Die Kriminalität wächst. Unser Land ist zerrissen. Parallelgesellschaften wuchern. Sicherheit schwindet, und der gesellschaftliche Friede bröckelt immer mehr. Vor der Wahl wurden bezüglich der Grenzschließungen klare Ankündigungen gemacht. Bei diesen Ankündigungen hat man es belassen. Merz spricht plötzlich von "keinem" deutschen Alleingang; aber 2015 war ein Alleingang – ein Schlag ins Gesicht, gegen jegliche Rechtsstaatlichkeit. Die Lösungen sind einfach, wenn der Wille da ist:

Erstens. Grenzen dicht für alle, die illegal einreisen. Wer schon bei der Einreise eine Straftat begeht, hat hier nichts zu suchen.

(Beifall bei der AfD)

Zweitens. Abschiebung für jeden, der illegal hier ist. Remigration jetzt!

(Beifall bei der AfD)

Drittens. Deutsches Recht und Gesetz müssen wieder gelten.

Viertens. Schluss mit der Alles-inklusive-Versorgung für jeden, der es geschafft hat, rechtswidrig in unser deutsches Land zu kommen. Die neue Devise heißt: Bett, Brot und Seife!

(Beifall bei der AfD)

Wir senden eine klare Botschaft in alle Länder dieser Erde: Das Sozialamt Deutschland ist geschlossen. Ein starkes Deutschland braucht starke Grenzen für Sicherheit, für Zusammenhalt und, ja, für unsere eigene Kultur. Das ist prodeutsch und auch

machbar. Remigration und eine harte Hand bedeuten, Deutschland zukunftsfähig zu machen.

Eines möchte ich Ihnen allen noch sagen: Sie können machen, was Sie wollen, Sie werden uns, die AfD, nicht mehr kleinkriegen. Die AfD ist gekommen, um zu bleiben. Die AfD ist gekommen, um zu gestalten. Die AfD ist gekommen, um dieses Land vom Kopf auf die Füße zu stellen.

(Beifall bei der AfD)

Sie können Ihren weisungsgebundenen Verfassungsschutz auf uns hetzen. Sie können uns weiterhin unserer demokratischen Rechte berauben. Sie können die Geschäftsordnung so oft ändern, wie Sie wollen. Sie können weiterhin die zwangsfinanzierten Staatsmedien gegen uns und unser Vorfeld wüten lassen. Sie können mit ihrem öffentlich-rechtlichen Rundfunk unbescholtene YouTuber wie "Clownswelt" mit Staatsmethoden behandeln lassen, diesen doxen und verächtlich machen. Sie können weiterhin mit Ihren NGOs gegen uns ins Feld ziehen; aber Sie haben Ihre Glaubwürdigkeit schon längst verloren.

Jede Aktion gegen uns macht uns stärker. Mit jedem Übergriff wächst unsere Partei und unser Vorfeld. Mit jeder offensichtlich politisch instrumentalisierten Grenzüberschreitung Ihrerseits gewinnen wir Wähler und stehen noch fester zusammen. Wir werden keinen Millimeter nach links weichen; denn wir haben, was anderen schon lange abhandengekommen ist: Rückgrat und Selbstachtung, volle Solidarität mit Clownie, volle Solidarität mit allen zu Unrecht verfolgten Meinungsbloggern und der freien Presse. Eine Zensur darf nicht stattfinden. Wir sind die AfD! Wir sind Grundgesetz!

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Zum Abschluss spricht der Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann.

**Staatsminister Joachim Herrmann** (Inneres, Sport und Integration): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD-Fraktion hat eine Aktuelle Stunde zur Migrations- und Wirtschaftswende beantragt. Es ist eindrucksvoll, dass die Fraktionsvorsitzende gleich in ihren ersten Sätzen "Demokratie in Gefahr" thematisiert hat. Ich hätte gar nicht zu hoffen gewagt, dass das Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz so schnell seine Wirkung tut und Sie erkennen, es besteht eine Gefahr für unsere Demokratie. In der Tat, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Aber wenn man sich ansieht, was von der AfD zur Wirtschaftswende kommt – ja, es ist angesprochen worden –, vernimmt man immer wieder: Die AfD überlegt, ob es nicht am besten wäre, aus der Europäischen Union auszutreten. Ich kenne nahezu niemanden, der über Sachverstand in Bezug auf die Wirtschaft verfügt und der nicht wüsste, dass gerade diese Europäische Union der stärkste Beitrag für die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahrzehnten war und dass dies die beste Chance für die Zukunft ist, im Verbund mit unseren europäischen Nachbarn weiterhin gemeinsam in Europa voranzugehen. Wir wollen diese Europäische Union im Interesse der Menschen in unserem Land voranbringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man sich ansieht, mit welcher Begeisterung sich die AfD in den letzten Monaten über die Zusammenarbeit mit dem US-amerikanischen Präsidenten und dessen Sympathie geäußert hat, stellt man fest: Es wird nicht intelligenter. Ich kann nur sagen: Eine derartige Zollpolitik, wie sie der amerikanische Präsident in den letzten Wochen immer wieder angekündigt hat, gefährdet unmittelbar Arbeitsplätze in Deutschland. Dass die AfD für eine solche Politik Begeisterung äußert, ist indiskutabel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben heute noch einmal bekräftigt, Sie haben keine Sympathie für qualifizierte Zuwanderung. Ich brauche mir nur jeden Tag anzuhören, was die Menschen im Handwerk, im Mittelstand und in der Industrie sagen: Natürlich brauchen wir qualifizierte Zuwanderung, die demografische Entwicklung zeigt es deutlich.

(Widerspruch bei der AfD)

Wer das bestreitet und wer dafür keinen Platz lassen will, der wird die Wirtschaftswende nicht voranbringen, der wird nicht für ein positives Wirtschaftswachstum sorgen, sondern der behindert die Entwicklung von Unternehmen in unserem bayerischen Land.

Migrationswende. Wir sagen seitens der Bayerischen Staatsregierung ganz klar Ja zur Zuwanderung qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; aber wir sagen auch klar Nein zu illegaler Zuwanderung. Ich betone hier noch einmal: Die Wende ist längst eingeleitet.

(Widerspruch bei der AfD)

Im ersten Quartal 2025 waren die Zahlen der Asylsuchenden, die neu nach Bayern gekommen sind, genau halb so hoch wie im ersten Quartal vor einem Jahr.

(Ferdinand Mang (AfD): Viel zu hoch!)

Halb so hoch! Das ist die Realität. Wenn man sich die Zahlen vom Mai 2024 ansieht, dann stellt man fest: Ohne die Ukrainer sind 2.661 neue Flüchtlinge nach Bayern gekommen. Im April 2025 waren es 781. Die Zahlen sind von 2.600 auf 780 zurückgegangen. Das ist die Realität. Dazu haben die verstärkten Grenzkontrollen beigetragen, und jetzt werden die Grenzkontrollen noch einmal verstärkt. Die Bundespolizei hat uns aufgrund der Entscheidung des neuen Bundesinnenministers gebeten, dass wir unseren bayerischen Beitrag zur Grenzsicherung weiter verstärken. Bisher hat die Bayerische Grenzpolizei fünf Grenzübergänge zu Österreich und Tschechien in eigener Verantwortung kontrolliert. Das ist jetzt auf zwölf Grenzübergänge erhöht worden.

Dadurch sind bei der Bundespolizei Kapazitäten frei geworden, und es können andere Grenzübergänge noch intensiver kontrolliert worden. In Bayern werden wir die Grenzkontrollen an diesen Grenzübergängen, zusätzlich zu den Kräften der Grenzpolizei, mit Kräften der Bayerischen Bereitschaftspolizei noch weiter verstärken.

Wir wollen alles dafür tun, dass illegale Zuwanderung unterbunden wird, dass niemand in unser Land einreisen kann, der überhaupt keinen Pass hat, der sich nicht ausweisen kann und dessen Identität nicht geklärt ist.

(Widerspruch bei der AfD)

Wir werden das im Verbund mit einer neuen Politik des Bundes entsprechend vorantreiben. Es steht ganz klar im Koalitionsvertrag, dass an den Außengrenzen Deutschlands zurückgewiesen wird. Das wird vom neuen Bundesinnenminister zusammen mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mit den Kräften der Bundespolizei und mit der Unterstützung der Länder umgesetzt. Meine Damen und Herren, das ist wichtig und richtig, und wir werden es umsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Schließlich würde ich sagen: Es ist anzuerkennen, dass wir im Moment in Deutschland eine unbefriedigende wirtschaftliche Entwicklung haben. Das ist das Ergebnis der Ampel-Politik in den letzten drei Jahren.

(Lachen bei der AfD)

Jetzt werden wir gemeinsam alles dafür tun, dass es wieder aufwärtsgeht. Ich kann Ihnen nur sagen: Egal, wie man ansonsten dazu steht, wenn Sie sich innerhalb Deutschlands umschauen, und das sollte auch die AfD klar bekennen, dann stellen Sie fest: Die Realität ist, dass Bayern von dieser Bayernkoalition erfolgreich regiert wird. Wir haben nach den Daten von 2024 und aktuell vom Frühjahr 2025 die niedrigste Arbeitslosenquote aller 16 Bundesländer und die niedrigste Kriminalitätsrate aller 16 Bundesländer. Das ist kontinuierlich so, und es zeichnet sich überhaupt keine

Änderung ab. Das zeigt: Die Politik, die wir für dieses Bayernland machen, ist die beste und erfolgreichste Politik aller Länder in Deutschland. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will nur sagen: Die SPD ist auf Bundesebene gut beraten, jetzt mit CDU und CSU zu kooperieren; denn dort, wo sie sich für das Gegenteil entschieden hat, ist ihr das nicht gut bekommen. Ich habe das hier in diesem Haus schon einmal angesprochen, dass sich die SPD zum Beispiel in Bremen ohne Not dazu entschieden hat, lieber mit der Linkspartei zu koalieren als mit der CDU. Das führt aktuell dazu, und die Zahlen sind noch schlechter geworden in den letzten Monaten, dass Bremen der absolute Spitzenreiter auf der anderen Seite ist: Bremen hat die höchste Arbeitslosenquote und die höchste Kriminalitätsrate aller Bundesländer. Meine Damen und Herren, das ist das Ergebnis, wenn SPD und Linke vermeintlich erfolgreich zusammenarbeiten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb stehen wir zu dieser erfolgreichen Politik in unserem Land. Wir versuchen ständig, alles noch besser zu machen; aber wir sind der festen Überzeugung: Weder mit Vorschlägen, wie sie von der AfD kommen, noch mit Vorschlägen aus anderen Bundesländern, die sichtbar schlechter regiert werden als unser Land, würden wir Bayern voranbringen. Lassen Sie uns gemeinsam weiter daran arbeiten.

Wir haben uns in der vergangenen Woche an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor achtzig Jahren erinnert.Wir können schon mit Selbstbewusstsein, ohne Überheblichkeit, eher dankbar, feststellen: Achtzig Jahre nach diesem schrecklichen Krieg und dem Ende der noch schrecklicheren NS-Regierung haben wir in unserem Land einen Wohlstand und eine Demokratie erreicht, wie es sie in der Geschichte unseres Landes nie gegeben hat. Das wird weltweit von vielen Menschen und Nationen dieser Welt als vorbildlich angesehen, sowohl in Bezug auf den Wohlstand als auch in Bezug auf die

Demokratie, die Wahrung der Menschenrechte und all das, was unser Grundgesetz ausmacht.

Wir wollen gemeinsam alles dafür tun, dass das so bleibt. Dafür müssen wir hart arbeiten. Das kommt nicht von selbst. Das ist auch in den letzten achtzig Jahren nicht vom Himmel gefallen, sondern die Menschen in diesem Land haben sich das hart erarbeitet. Das gilt sowohl für die funktionierende Demokratie als auch für den Wohlstand in unserem Land. Diesen Wohlstand können sich 95 % der Weltbevölkerung nur wünschen oder davon träumen. Viele hoffen ständig darauf, dass es in ihren Ländern nur annähernd so schön wird, wie wir das hier erreicht haben.

Wir leben nicht in einem Schlaraffenland. Wir haben das nicht durch Zuschauen oder dadurch geschafft, dass wir Forderungen in die Welt setzen. Wir haben das erreicht, weil wir sowohl für die Demokratie als auch für den Wohlstand in diesem Land hart gearbeitet haben. Wir stehen für eine soziale Marktwirtschaft, die diejenigen mitnimmt, die sich selbst nicht helfen können, zum Beispiel wegen einer Behinderung oder einer Erkrankung. Diese Menschen wollen wir mitnehmen, nicht die Faulpelze. In unserem Land wird keiner dazu gezwungen zu arbeiten. Wer zur Arbeit keine Lust hat, kann aber nicht erwarten, dass er von den anderen unterstützt wird. Die wirklich Schwachen nehmen wir aber in unserer sozialen Marktwirtschaft mit. Dafür brauchen wir den Erfolg derjenigen, die anpacken können.

Das ist weiterhin die Richtschnur für unser Handeln. Wir wollen den gesunden Menschenverstand in diesem Lande walten lassen und für die Sicherheit der Menschen, für gute Arbeitsplätze, ein gutes Auskommen und für einen ordentlichen Wohlstand in einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie arbeiten. Dafür arbeiten wir weiterhin, und dafür brauchen wir keine Alternative für Deutschland.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.